21

20. Juni 1945

Major Phillipps:

1. Herrn v. Hellingrath als Präsidenten der Staatsbank vorgestellt.
2. Übersetzung des Briefes an Herrn Rauch (Dienstenthebung wegen Krankheit)[72] zur Information übergeben.
3. Ernennung Dr. Cammerer vorgelegt und genehmigt.
4. Der Fragebogen für Dr. Seidl (Münzamt) ist noch nicht genehmigt. Gegebenenfalls muß an die Ernennung eines neuen Leiters gedacht werden.
5. Erklärung wegen der Amtsentlassung Zott (Rechnungshof) übergeben.[73]
6. Es werden uns Unterlagen wegen der Anstalt Gabersee[74] überreicht (Einnahmen und Ausgaben, Voranschläge für Reparaturen). Die Anstalt ist von den Amerikanern belegt. Rechnungen, die aus der Zeit vor der Besetzung stammen, sollen vorerst nicht bezahlt werden, bis neue Instruktionen ergehen.
7. Die Kosten, die durch die Instandsetzung der Bauten für die Aufbewahrung von Kunstschätzen entstehen, ebenso wie die in Zukunft entstehenden laufenden Kosten für das benötigte Personal, sind nicht eigentlich Kosten des Staates Bayern. Die Frage ist mit den zuständigen oberen Behörden der 3. Armee bereits vorbereitend besprochen worden und es wurde beschlossen, daß die Kosten zunächst von Bayern zu tragen, aber in Suspens zu halten sind, um eventuell gegen eine neue Reichsverwaltung verrechnet zu werden.
8. Es wird eine zivile Zensurbehörde errichtet werden, die vor allem für die Beschleunigung des Postdienstes sehr wichtig ist. Die Beschäftigten (ca. 2.100 Personen) sind vom bayerischen Staat zu bezahlen.
9. Im Zusammenhang mit der Wiedereröffnung von Theater, Rundfunk und Zeitungen werden ebenfalls Zivilangestellte für Zensur und dergl. zu beschäftigen und vom Staat zu bezahlen sein. Der Betrieb des Rundfunks soll der Oberpostdirektion angeschlossen werden.
10. Die Reichsbank München soll bekanntlich 100 Millionen in Geldmitteln erhalten.[75] Soweit feststellbar, scheint es sich bei dieser Überweisung nur um eine Kassendisposition zwischen verschiedenen Stellen der Reichsbank zu handeln, nicht also um eine Überweisung zugunsten des Reichs oder des Landes Bayern.
11. Ausgaben, welche bisher vom Reich getragen wurden und nun vom Land Bayern übernommen werden, sind getrennt zu halten, um eine spätere Verrechnung zu erleichtern.
12. Zahlungen für Kriegsschäden sind vorerst einzustellen bis neue Instruktionen folgen. Da die obersten Behörden zur Zeit offenbar in Umbau begriffen sind, ist vor Ablauf der nächsten 10 Tage kaum mit neuen Entscheidungen zu rechnen.

Major Quirk:

1. Erklärung wegen Fräulein Hermann übergeben. Entscheidung morgen.
2. Über die Entlassungsbescheinigungen von Angehörigen der Dolmetscherkompanie [76] gesprochen. Major Quirk ist nicht zuständig, wahrscheinlich betrifft die Angelegenheit den G 2 der 3. Armee.

72 Vgl. StK 111676.
73 Amtsrat Johann Zott. Schäffer an RMG Fiscal Section, 19. 6. 1945 (StK 113908). Zum Fortgang vgl. Nr. 44 und 46.
74 Heil- und Pflegeanstalt für psychisch Kranke bei Wasserburg a. Inn.
75 Vgl. Nr. 20.
76 Vgl. Nr. 14.